

Der Standpunkt der Genossen ist gefragt

Im November begann der zweite Zyklus der „Schulen der genossenschaftlichen Arbeit“. Wir haben wiederum alle Genossen zur Teilnahme verpflichtet. In anderen Grundorganisationen geschieht das nicht verbindlich. Ist unsere Festlegung falsch?

Ottmar^A Rapsch
Parteisekretär der LPG (P) Sarow, Kreis Demmin

Keineswegs! Gerade durch die Teilnahme der Kommunisten sind im vergangenen Zyklus die Gesprächsrunden vielseitig und interessant verlaufen. Durch den klaren Standpunkt des Genossen, die Weitergabe seines politischen Wissens, seine parteilichen Argumente bereicherte er die Gesprächsrunde. Von den anderen Gesprächsteilnehmern waren stets der Standpunkt, die Ansicht und auch der Rat des Genossen gefragt. Er selbst lernte aber auch, wurde durch den Meinungsstreit im Schulungsgespräch gefordert und im Auftreten sicherer.

Und gerade überall dort, wo Gesprächsgruppe und Arbeitskollektiv identisch sind, wirken die Genossen darauf ein, daß der Inhalt der einzelnen Themen anschaulich und bezogen auf den eigenen Arbeitsbereich behandelt wird. Das hilft auch dem Gesprächsleiter, die Gesprächsteilnehmer von einer theoretischen Erkenntnis aus hin zu persönlichen Schlußfolgerungen zu führen.

Eine weitere Erfahrung: Die Genossen nutzen auch die Gesprächsrunden, um alle Mitglieder des Arbeitskollektivs mit aktuellen Beschlüssen der Partei und Festlegungen der eigenen Grundorganisation vertraut zu machen. Durch die Genossen werden Argumente in die Gesprächsrunden eingebracht, die sie sich zu Problemen, Fragen oder auch Auffassungen in Parteiversammlungen und Zirkeln des Parteilehrjahres erarbeitet haben. Das ist eine gute Hilfe für die Gesprächsleiter und macht

den Meinungsstreit für alle interessant und konstruktiv.

Im 1. Thema haben zum Beispiel viele Genossen eine erste Information darüber gegeben, was in den Entwürfen der Kampfpro-

Grundfragen wiederholt diskutieren?

Als in unserer Parteiorganisation die Themen beraten wurden, zu denen die staatlichen Leiter in den Arbeitskollektiven Gespräche führen sollen, da wurde vorgeschlagen, auch in diesem Jahr weiterhin über solche Probleme wie zum Beispiel die Gefährlichkeit des Imperialismus, über die Friedenspolitik des Sozialismus, über Intensivierungsfaktoren und anderes mehr zu sprechen. Dabei gab es die Meinung, daß darüber doch schon oft gesprochen worden sei; müssen wir das immer wieder erneut zur Diskussion stellen?

Rolf Neubert
Parteisekretär im VEB Zwickauer Maschinenfabrik,
Werk Crimmitschau

Ja, die ständige Diskussion von Grundfragen, also auch deren Wiederholung, hat in der politischen Massenarbeit ihre Bedeutung.

Dennoch ist zu sagen: Werden Grundfragen erneut auf die Tagesordnung gesetzt, dann verlangt das, von bereits dazu geführten Diskussionen auszugehen, oder anders ausgedrückt, an das Wissen und an die Erkenntnisse der Gesprächsteilnehmer anknüpfen. Wiederholungen sollen und müssen neues Wissen vermitteln, den Blick für die gegenwärtigen Aufgaben schärfen, Einsichten vertiefen und Überzeugungen festigen.

Geht es zum Beispiel darum, über die Aggressivität des Imperialismus zu sprechen, so ist zu beachten, daß dieses Wesensmerkmal des Imperialismus' täglich ein anderes Gesicht hat. So

gramme der Parteiorganisationen für den weiteren Leistungsanstieg der LPG vorgesehen ist. Vorschläge, Hinweise und Verpflichtungen zur Realisierung der Ziele sind von den Gesprächsteilnehmern nicht ausgeblieben.

Also: Es bewährt sich, wenn die Parteileitungen allen Genossen die ständige Teilnahme an den „Schulen der genossenschaftlichen Arbeit“ empfehlen. Und die Genossen selbst bestätigen, es ist ein Gewinn für jeden.

(NW)

stehen für Aggressivität des Imperialismus die Greuelthaten des Hitlerfaschismus, der Mordfeldzug der USA in Vietnam oder die Verbrechen Israels im Nahen Osten.

Aber notwendig ist doch zu erkennen, daß sich die Aggressivität des Imperialismus heute vor allem in seinem Rüstungswahn, in seinem Bestreben zur Erlangung eines militärstrategischen Übergewichts über den Sozialismus ausdrückt.

Die sich daraus ergebenden Gefahren deutlich zu machen und auf sich daraus für jeden Werktätigen in der DDR ergebende Schlußfolgerungen zu verweisen, das ist zum Beispiel die aktuelle Behandlung einer in der politischen Massenarbeit mit Recht schon oft zur Diskussion gestellten Grundfrage.

(NW)